

# Landtag von Baden-Württemberg

13. Wahlperiode

## Änderungsantrag

der Fraktion Grüne

### Entwurf des Staatshaushaltsplans 2004

#### Einzelplan 10    Ministerium für Umwelt und Verkehr

---

Der Landtag wolle beschließen,

#### **Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV**

##### **Kap. 1003                    Förderung von Investitionen des öffentlichen Titelgruppe 85            Personennahverkehrs**

	2004 Tsd. €
statt	63 000.0
zu setzen	103.000.0

##### **Kap. 1004                    Finanzhilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Tit. 883 21                Bau oder Ausbau von Straßen**

	2004 Tsd. €
statt	109 614.5
zu setzen	99 614.5

Stuttgart, den 13. Januar 2004

Palmer, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung:**

Über die Verteilung der Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) auf die Förderzwecke kommunaler Straßenbau und ÖPNV-Investitionen entscheiden die Länder. Die Landesregierung sieht zur Haushaltskonsolidierung eine Kürzung von 23 Mio. € im kommunalen Straßenbau und 30 Mio. € im ÖPNV vor.

Die Kürzung beim ÖPNV soll unterbleiben. Zusätzlich wird zur stärkeren Akzentsetzung der Verkehrspolitik zugunsten von Investitionsmaßnahmen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein Teil der zur Verfügung stehenden Mittel zum ÖPNV umgeschichtet. Mit dem Antrag wird ein Verhältnis von 52:48 Prozent zugunsten des ÖPNV erreicht.